



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion  
(Kap. 07 02 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 02 wird ein neuer Tit. mit der Zweckbestimmung „Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion“ mit einem Ansatz von 10.000,0 Tsd. Euro ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 07 03 Tit. 892 98 eingesparten Mitteln.

### **Begründung:**

Dieser Tit. dient der Entwicklung, in Zusammenarbeit mit dem EU-Horizont Programm, eines ganzheitlichen bayerischen Forschungs- und Ausbildungsprogramms im Bereich der Kernenergie und Kernfusion.

Dieses Programm soll u.a. die folgenden Maßnahmen beinhalten:

- Förderung der Grundlagenforschung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion;
- Förderung der angewandten Forschung, Entwicklung und Anwendung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion;
- Förderung bestehender und Einrichtung neuer Lehrstühle, Professuren und Fachkräfte-Ausbildung im Bereich der Kernenergie und Kernfusion;
- Förderung bestehender und für den Aufbau neuer Forschungszentren und Kompetenzzentren im Bereich der Kernenergie und Kernfusion;
- Förderung für die Errichtung experimenteller Kernspaltungsreaktoren (der IV. und V. Generation) und Kernfusionsreaktoren;
- Schaffung eines Kernforschungs-Bündnisses zwischen relevanten Universitäten, Forschungszentren, Behörden, Energiekonzernen und Hightech-Unternehmen nach Vorbild des Wasserstoffbündnisses.

Eine Rückkehr zur Kernenergie im Laufe noch dieses Jahrzehnts ist daher notwendig und wird bereits von über zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung befürwortet. Eine Fortführung und Ausweitung von Forschung und Entwicklung sowie der heimischen Expertise im Bereich der Nukleartechnik ist daher von entscheidender Bedeutung, nicht nur als Grundlage für eine mögliche Rückkehr zur CO<sub>2</sub>-vermeidenden Kernenergie, sondern generell als wichtiges, vielseitiges Hightech-Forschungsgebiet für die Medizin, Raumfahrt, Landwirtschaft etc., um Deutschland und Bayern gegenüber anderen innovativen Industriestandorten wettbewerbsfähig zu halten.

Im Jahr 2022 erhöhte US-Präsident Joe Biden die staatlichen Ausgaben für Nuklearforschungsprogramme um 85 Prozent von durchschnittlich rund 1 Mrd. Euro jährlich im letzten Jahrzehnt auf 1,85 Mio. Euro, insbesondere für kleine modulare Reaktoren (SMR) und die Wasserstoffherzeugung, welche laut International Energy Agency (IEA) „Forschungsfelder mit großem Potenzial“ sind. Sogar die EU hat das Euratom-Forschungs- und Ausbildungsprogramm im Wert von 1,4 Mrd. Euro bis 2025 eingerichtet.

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind in Deutschland die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung für Nukleartechnologie in den letzten Jahren um 12 Prozent von 278 Mio. USD in 2013 auf 246 Mio. USD in 2020 zurückgegangen und waren damit im Durchschnitt dreimal niedriger als in Frankreich (819 Mio. USD), viermal niedriger als in den Vereinigten Staaten (1 Mrd. USD) und 4,5-mal niedriger als in Japan (1,157 Mrd. USD).

Der Lehrstuhl für Nukleartechnik an der Technischen Universität München (TUM) erhielt zwischen 2018 und 2020 lediglich 25.000 Euro im Jahr. Die jährlich eingeworbenen Drittmittel waren 11-mal höher (286.000 Euro), was also trotz fehlender staatlicher Unterstützung ein anhaltend hohes Interesse der Unternehmen für Nuklearforschung zeigt.

Dem ungeachtet hat die Staatsregierung im Mai 2022 ihre Unterstützung der heimischen Expertise im Bereich der Kernforschung bekräftigt: „Das Feld der Nukleartechnik umfasst einen breiteren Bereich als nur den der Kernkraftwerke. Deutschland sollte (strategisch) in der Lage sein, das erforderliche Wissen zu bewahren, um auf diesem wichtigen Gebiet international eine technisch respektierte und einflussreiche Stimme zu haben, [...]“.

Bedauerlicherweise gab es seit 2018 in den Haushaltsplänen der Staatsregierung für die Förderung der Bildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Nukleartechnik keinen einzigen gesonderten Posten.